

# Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Herausgegeben vom Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezugspreis 1 RM. monatlich, nur Postbezug • Das Einzel Exemplar 15 Pf. ohne Porto • Erscheinungstage Mittwoch und Sonnabend • Geschäftsleitung und Geschäftsstelle: Berlin SW 61, Drehbühlstr. 5

70. Jahrgang

Berlin, den 30. November 1932

Nummer 96

## „Frontwechsel“ und Widersprüche von Byrmont

VII.

Wie soll und kann nun die „marxistisch-sozialistische“ Auslösung der deutschen Wirtschaft nach der Meinung des Herrn Ruprecht von Göttingen verstofflicht werden? Das ist die Frage, die es in diesem Kapitel an Hand des leider nur auszugsweisen Berichts über den Byrmonter Vortrag des den Lesern des „Korr.“ zur Genüge vorgestellten gelehrten Unterseebootskommandanten in Nr. 66 der „Zeitschrift“ zu beantworten gilt. Die Notwendigkeit einer Beantwortung dieser Frage ergibt sich daraus, daß ihr geistiger Urheber deren Lösung im Nebenzweck einer gewissen „Frontkameradschaft der Arbeit“ in der Hauptsache auf eine dafür besonders erforderliche Befähigung der Arbeiterklasse und für den Rest auf eine ihr gegenüberstehende Herren- und Führereigenschaft des Unternehmertums von Befehl oder Gottes Gnaden stützen will. Für Herrn Ruprecht ergibt sich die angebliche Beantwortung seiner Beantwortung der von ihm zum Tode verurteilten Auswirkungen des Sozialismus aus der Untercheidung zwischen einer sozialen und einer politischen Gesellschaftsordnung. Die erstere ist nach seiner Ansicht aufgebaut „auf Eigenverantwortung des einzelnen und auf Hilfsbereitschaft gegenüber dem nächsten, der es nötig hat; die sozialistische Gesellschaftsordnung dagegen „gründet sich in ihrem tiefsten Wesen auf Gefühl des Neides und des Hasses und auf Verantwortungsscheu im Hinblick auf das eigne Schicksal“. Daß weder die Ruprecht'sche Definition der sozialen, noch jene der politischen Gesellschaftsordnung noch jene der in der n a t u r l i c h e n Voraussetzungen wie Günst und Liebe. Wir nehmen daher sogar zugunsten des Herrn Ruprecht an, daß er sich trotz seiner Erklärungen innerlich nicht recht wohl fühlt. Daß ihn das leider nicht abhält, sich ein wegwerfendes Urteil über die sozialistische Weltanschauung zu bilden, deren innerster Kern ihm trotz seiner vielseitigen Vernunft auf allen nur erdenklichen Gebieten ebenso verborgen geblieben ist wie die Tatsache, daß die von ihm betonte Eigenverantwortung des einzelnen für das eigne Schicksal auch in seiner sozialen Gesellschaftstheorie nur eine inaktive und wirklichkeitsfremde Phrase ist, ist tief bedauerlich. Es wird ihn wahrscheinlich diese oberflächliche Vielseitigkeit zeitweilig zu Euphoriearbeit auf sozialem Gebiet verurteilen.

Damit könnten wir Herrn Ruprecht als hoffnungslosen Fall seinem weiteren, hoffentlich nicht schwereren Schicksal als bisher überlassen. Wir haben ja schon in voriger Nummer angedeutet, daß die Verantwortlichkeit dafür weniger ihm selbst, als andern Kreisen zufällt und ihn wohl auch nur deshalb vor einem bitteren Kampf ums tägliche Brot für sich persönlich bewahrt hat. Es ist trotz selbstgefälliger Ruhmredigkeit viel mehr Glück als eigne Schicksalsgestaltung bei dieser Sache im Spiel gewesen. Denn trotz der von Herrn Ruprecht als Et des Kolumbus aufgestellten muttergöttlichen „sozialen“ Gesellschaftstheorie, zu deren Weiterbestehen und gegen ihre Umformung in eine sozialistische in immer schärferer Weise der heutige politische und wirtschaftliche Kampf der Menschen, Völker und Klassen in der ganzen sogenannten zivilisierten Welt geführt wird, ist gerade die Tatsache dieses Kampfes und seine Ursachen der schlaueste Beweis dafür, daß die Ruprecht'sche Gesellschaftsordnung aus inneren Mängeln mehr und mehr der „Gefahr“ aus-

gesetzt ist, in absehbarer Zeit durch eine vernünftiger und bessere Wirtschaftsordnung überwunden zu werden. In diesem Dilemma befindet sich aber nicht nur Herr Ruprecht von Göttingen, sondern alle seine ihm näher stehenden Gesinnungs- und Zeitgenossen. Ihnen zeichnete er in Bad Byrmont laut „Zeitschrift“ folgendes Zerrbild des Sozialismus, so wie er ihn versteht:

Ich gehe bei meinen Überlegungen davon aus, daß — von kleinen Einzelerscheinungen abgesehen — die Lage des gesamten deutschen Volkes in den letzten Jahrzehnten des vergangenen Jahrhunderts — oder um die Jahrhundertwende herum — unter der Herrschaft einer sozialen Privatwirtschaft ungünstiger gewesen ist, als sie unter der heutigen Herrschaft eines der vierzehn sozialistischen Staates ist, und daraus folgere ich, daß es gilt, die sozialistische Ideenwelt zu überwinden und nicht nach berühmten Mustern mit ihr zu patkieren, um Schlimmeres zu verhüten; denn dadurch steigen wir nur die Gefahr, die uns von dem Sozialismus und seiner Ideenwelt her droht. Wir müssen vielmehr den Sozialismus von innen heraus zu überwinden versuchen.

Die ganzen Erscheinungen des Sozialismus lassen sich in wenige große Gruppen zusammenfassen. Da ist zunächst als wichtigste Gruppe zu nennen der Gedanke des Klassenkampfes als das Kernproblem und Kernstück des sozialistischen Gedankens unter dem Motto: „Einer Klasse alle Macht, gleichgültig, was dabei aus dem übrigen Volk wird.“

Wir als Arbeitgeber sind doch durch die ganze Ideologie unserer lieben Zeitgenossen gewissermaßen als die Verbrecher hingestellt und gestempelt. Uns ist ein Vertriebsrätegesetz befohlen worden, das in unsre der Arbeit gewidmeten Wirtschaftsbetriebe politische Wahlen hineintragen hat. (Sehr richtig!) Wir Betriebsinhaber sind noch zu unbegabten Steuerbütteln gegen unsre eignen Mitarbeiter degradiert worden und entgegen der Weimarer Verfassung sind alle unsre Streitigkeiten in arbeitsrechtlicher Hinsicht den Sondergerichten, der Arbeitsgerichtsbarkeit, ausgeliefert worden, deren Rechtsfindung manchmal leider den sozialistischen Grundgedanken des Klassenkampfes nur gar zu deutlich widerspiegelt. Und entgegen der Weimarer Verfassung, die allen Deutschen gleiche Rechte, also auch gleiche Vereinigungsrechte, darbietet und garantiert, ist praktisch einem Viertel der Arbeitnehmer, nämlich den drei Gewerkschaftsrichtungen, ein Monopol gegeben worden zur Vertretung der sogenannten Arbeitnehmerinteressen in tarifrechtlicher Hinsicht, in arbeitsrechtlicher Hinsicht und bei allen Wahlen und Bestimmungen des sozialen Rechtes. Nur knapp ein Viertel der gesamten Arbeitnehmererschaft Deutschlands oder sogar noch etwas weniger ist in diesen drei Gewerkschaften organisiert. Die übrigen drei Viertel der gesamten deutschen Arbeitnehmererschaft sind von der Vertretung ihrer Standesinteressen ausgeschlossen.

Schon der erste Teil dieser Erzählung des privatkapitalistischen Schwärmers von der Zeit und den Verhältnissen um die Jahrhundertwende enthält so viel Unrichtigkeiten, daß man mehr als ein dickes Buch schreiben müßte, um diese in allen Einzelheiten als solche zu kennzeichnen. Denn von viel besseren Verhältnissen um die Jahrhundertwende können nur Leute reden, die damals schon in der Hauptsache von den Arbeitsverhältnissen an d r e r Menschen zu leben in der Lage waren. Die große Masse des Volkes stand in Wirklichkeit noch unter viel größerem politischen, sozialen und wirtschaftlichen Druck als heute. Und nur soweit schon damals die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der deutschen Arbeiterschaft in der Lage waren, ihre Menschenrechte geltend zu machen, war auch dies zu jener Zeit in den meisten Fällen nur durch Überwindung des schärfsten Widerstandes des Unternehmertums möglich. Allerdings wurden dadurch die damaligen Lebens- und Arbeitsverhältnisse der Arbeiterschaft wenigstens etwas besser als nur wenige Jahrzehnte früher. Auch ist es nicht zu bestreiten, daß besonders infolge des gewerkschaft-

lichen Gegendrucks von unten nach oben schon damals das Unternehmertum sich durch stärkere Auswertung der technischen Fortschritte und Vermehrung der mechanischen Produktionsmittel gegenständig zu überbieten versuchte, und zwar ohne jede tieferegehende kollegiale Rücksicht unter sich selbst. So wurde draufflos gewirtschaftet bis zur Katastrophe des Weltkriegs, und auf dessen Trümmerhaufen dieser Tanz ums goldene Kalb auf noch höherer Plattform fortgeführt bis zur heutigen Verwahrlosung dieses sogenannten freien Wirtschaftssystems. Es kann gar kein Zweifel bestehen, daß diese Entwicklung keine Folge der Revolutionierung des Denkens der Arbeiterschaft war, sondern ihre Ursache. Ohne den wachsenden Widerstand im Denken der privatkapitalistischen Profitsucht ausgelieferten Massen, wäre wahrscheinlich der Grad der Ausbeutung durch die Besitzer und Vermehrter der Produktionsmittel bis heute noch viel größer und rückwärtsloser geworden. Das braucht gar nicht ohne weiteres als besonderer sittlicher Mangel der persönlichen Träger dieses Systems beurteilt zu werden. Es ist der sogenannte heilige Egoismus, der ihrem System zugrunde liegt und sich um so grenzenloser auswirkt, je höher privater Reichtum geschätzt wird und um so größere Macht über andre Menschen daraus resultiert.

Der Sozialismus kann daher auch gar nicht von innen heraus überwunden werden, sondern nur durch Beseitigung seiner Ursachen. Deren erste und letzte ist der K l a s s e n k a m p f v o n o b e n g e g e n d i e s o g e n a n n t e n u n t e r e n W o l f s h i t t e n. Erst dieser zeugte den Klassenkampf von unten gegen oben, der zur Ehre und Würde des Menschengeschlechts erst dann aufhören oder sinnlos werden dürfte, wenn nicht mehr privater Reichtum und damit verbundene Vorherrschaft einer Minderheit der Mehrheit das Recht freitig machen kann, sich als gleichberechtigte Menschen zu fühlen. So lange diese Lösung nicht auch von der wirtschaftlichen Seite her Realität geworden ist, ist der Kampf der Arbeiterschaft gegen ihre wirtschaftliche Ausbeutung und politische Unterdrückung kulturell von viel höherer Bedeutung und Berechtigung als der Klassenkampf des Unternehmertums und der „Besitzenden“. Und noch einmal sei es unterstrichen, daß der Sozialismus, wie ihn insbesondere die Buchdruckergehilfen auffassen, nicht die Macht einer „Klasse“ erstrebt, sondern jede K l a s s e n h e r r s c h a f t b e s e i t i g e n w i l l. Weil dem so ist, schenken wir uns auch jede weitere Polemik gegen die Kraus- und Ribbenbegriffe über den Sozialismus des Herrn Ruprecht, soweit sie in dem vorstehenden Auszug aus seinem Referat in Byrmont noch enthalten sind.

Aus den gleichen Erwägungen wollen wir auch von einer weitergehenden kritischen Besichtigung seiner auf der Kommandobrücke im Festsaal von Bad Byrmont vergossenen Tränen über die angeblich nur aus politischen Gründen überspannten Löhne Abstand nehmen. Es wäre ja leicht, festzustellen, welcher von den beiden maßgebenden Tarifparteien im Buchdruckergewerbe der erste Preis für Inanspruchnahme politischer Kräfte auf dem Gebiet der tariflichen Lohngestaltung neidlos anzusprechen wäre. Der Deutsche Buchdrucker-Verein könnte z. B. mit diesbezüglichen Diplomaten sämtliche Wände des Tustulums seines Generaldirektors ausstaffieren!

Besonderer Beachtung seitens der gesamten Gehilfenerschaft empfehlen wir aber noch folgendes Klagebuch des Herrn Ruprecht:

Zum Schluß dieser Gruppe muß ich auch aussprechen, daß der Klassenkampfgedanke der gewerblichen Leistung bestimmt nicht förderlich gewesen ist. Nehmen Sie einmal die letzte Augustnummer des „Korrespondent“ in die Hand; dann finden Sie darin einen Aufruf zur Leistungsminderung, zur Leistungszurückhaltung. Wenn unsre Arbeitnehmer heute noch Führern nachlaufen, die ihnen derartige Richtlinien geben, und wenn sie glauben, auf diese Weise durch eine Verschärfung ihrer Kampfstellung

gegenüber den Arbeitgebern zu einer Besserung ihrer Lage zu kommen, dann sind sie — das muß ich von dieser Stelle aus aussprechen — sehr auf dem Holzweg.

In der Tatsache, daß es sich in diesem Rupprecht'schen Kommentar zu einer besonders signierten „Korr.“-Artikelreihe um Meinungsäußerungen langjährig arbeitsloser Kollegen in Nr. 70 des „Korr.“ und nicht um eine solche der verantwortlichen Schriftleitung handelt, Herr Rupprecht aber trotzdem diesen Artikel direkt den Führern der Gehilfenschaft in die Schuhe schiebt, erblicken wir eine besondere Charakterisierung der Objektivität dieses Herrn. Trotzdem glauben wir verpflichtet zu sein, auch zu dieser kritischen Frage einmal mit aller Deutlichkeit unsere Meinung öffentlich auszusprechen. Denn immer zahlreicher wurden die Zuschriften aus dem ganzen Reich in den letzten Monaten, in denen im Hinblick auf die fortgesetzten Versuche, den übertariflichen Lohn abzubauen, auf die rückwärtslose Reduzierung der Gehilfenzahl in vielen Betrieben und allerlei Schiebungen auf dem Gebiet der Arbeitszeitverkürzung usw. eine ebenso rückwärtslose Anpassung der beruflichen Leistungen der Gehilfenschaft an solche Tendenzen der Zurückhaltung der Leistungen auf Prinzipalsseite gefordert wird. Wir sehen in diesen Ansichten gar keine unbilligen Verlangen, sondern eine gar nicht falsch verständliche und gesunde Reaktion zeit- und sachgemäßer Überlegungen, zu denen die Gehilfenschaft infolge des gerade dazu provozierenden Verhaltens gar mancher Prinzipale direkt gezwungen wird. Diese Reaktion auf Gehilfenseite ist ebenfalls ungesund oder unberechtigt wie das Bestreben der Unternehmer, die gewerblichen Erzeugnisse entweder zu den höchsten möglichen Preisen zu verkaufen, oder die ersteren den im rückwärtslosen Konkurrenzkampf noch zu erzielenden geringsten Preisen anzupassen. Die Prinzipale jammern stets über die großen Gefahren und Schäden kurzfristiger Preisberechnung im Buchdruckgewerbe, daß sie aber selbst ähnliche Tendenzen auf Arbeiterseite geradezu zur Tugend und Pflicht kempeln wollen, scheint ihnen so selbstverständlich zu sein, daß man ob solcher Logik wohl mit Recht fragen darf, wer und was gibt den Unternehmern das Recht, dem Arbeiter zu verwehren, was man auf Unternehmerseite als sogenannte gesunde und kollegiale Werbewerkschaft praktisch und streng durchgeführt wissen möchte? Deshalb sind auch wir der Ansicht, wie der Lohn und die Behandlung des Arbeiters, so soll auch dessen Arbeitsleistung sein! In einer stärkeren Geltendmachung solcher Grundgründe erblicken wir angesichts des Verhaltens auf Unternehmerseite eine geradezu zwangsläufige Folge aus der im gegenteiligen Verlangen des Unternehmertums verdeckten Spekulation auf Antkollegialität und Charakterchwäche auf Arbeiterseite. Und die in diesem Fall in Pyramont bekundete Entrüstung des Herrn Rupprecht kann als untrüglicher Beweis dafür angesehen werden, daß sein ihm vorstehendes Ziel, eine Art Frontkameradschaft der Arbeit zu schaffen, mit jener ehrlichen Kameradschaft, die auf allen Fronten während des großen Völkermordens, nicht nur auf den Unterseebooten, auf Leben und Tod die Kampfgemeinschaften miteinander verband, nur sehr wenig zu tun haben dürfte. Das geht schon daraus hervor, daß die Rupprecht'sche „Frontkameradschaft der Arbeit“ auf einem wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis von „Führern“ aufgebaut sein soll, die ihre Führerberechtigung weniger auf persönlichen Vertrauen seitens der zu führenden Mannschaft als auf materielle und politische Machtverhältnisse stützen können und wollen. Wie dies Herr Rupprecht besonders im letzten Teil seiner Pyramont'schen Proklamationen für jeden Unternehmer als Befürworter der Produktionsmittel im Gegensatz zu einer diesem Befürworter nur dienstpflichtigen Arbeiterchaft geradezu als selbstverständlich und dazu noch in betriebsweiser Abkapselung als unerlässliche Rücksicht vorzuziehen wissen wollte. Alle sozialen Einschränkungen eines solchen „Führertums“ im Götzenbild des Kapitalismus, zu denen sich Herr Rupprecht in seinen Schlussätzen wohl nur in dunkler Erkenntnis der kulturellen Anzulänglichkeiten seiner politischen und wirtschaftlichen Theorien genötigt sah, können wir übergehen, weil die dahinter immer noch gährende Kluft zwischen privatkapitalistischer Herrschaft und dem im Sozialismus begründeten gleichen Menschenrecht mit solchen Deklamationen doch nicht überbrückt werden kann. Denn wer schaffen soll, muß freudig sein können. Er darf nicht der händlichen Gefahr ausgeliefert sein, daß, je fleißiger und gewissenhafter er arbeitet, er nur dazu beiträgt, daß andere Menschen um so mächtiger werden und ihn um so rascher brot- und heimatlos machen können, wenn die Talente der sogenannten Wirtschaftsführer unter den von ihnen selbst aufgeschüttelten Wellen der privatkapitalistischen Profit- und Konkurrenzwirtschaft wie schlagangegangene Torpedos im Meeresgrund versunken sind!

Gern hätten wir zum Abschluß dieses Rückblicks auf die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Buchdrucker-Vereins in Bad Pyramont auch noch zu irgendwelchen positiven Ergebnissen dieser Beratungen für die Belange der Arbeiterchaft unres Gewerbes Stellung genommen. Aber leider sind solche nicht in dem Umfang oder von einer Bedeutung vorhanden, wie es im Interesse einer vernünftigeren und besseren Entwicklung der gewerblichen und tariflichen Verhältnisse wünschenswert wäre. Soweit sich Ansätze für eine tiefere Erkenntnis der Unhaltbarkeit der bisherigen Wirtschaftsform in Pyramont zeigten, waren sie nur sehr irrational und am allerwenigsten an maßgebenden Stellen erkennbar. Trotzdem beurteilen wir auch diese Tagung nicht als völlig fruchtlos für die Arbeiterchaft des Buchdruckgewebes. Die von ihr ausgehende Heraushebung der sozialen Gegensätze hat uns zeitgemäße Gelegenheiten gegeben, die Stellungnahme der Gehilfenschaft dazu deutlicher als ohnedies zum Ausdruck zu bringen und unserer Kollegenschaft inmitten einer Springflut politischer Verwirrung zu zeigen, wie auf Unternehmerseite sozusagen die letzten Bollwerke in Angriff- und Abwehrbereitschaft gestellt werden, um die Arbeiterchaft wieder um mindestens ein halbes Jahrhundert ihrer kulturellen Entwicklung zurückzuwerfen! Mit besonderer und urwüchsiger Offenheit hat der dadurch verhäht gewordene Unterseebootkommandant von Göttingen diese Absichten verteidigt und dadurch gleichzeitig nachgewiesen, daß er zwar den Sozialismus ernstlich überwinden will, ihm aber wider Willen selbst die besten Vorpostendienste geleistet hat und hoffentlich auch in Zukunft auf diesem Gebiet seine Mitarbeit nicht versagt! Der „Korrespondent“ wird ihm dafür stets in gleicher Weise dankbar sein, wie wir auch erwarten, daß die „Zeitschrift“ nicht versäumen wird, in diesem Kampf für und wider eine vernünftigere Wirtschaftsform mit privatkapitalistischen Grundfragen unsere Aufklärungsarbeit in der Richtung einer höheren und gerechteren sozialen Ordnung der Wirtschaft auch weiterhin zu fördern, wenn auch wider Willen! Es ist verständlich, daß im Bereich ihres autoritären Geisteszirkels die Meinung vorgeföhrieben ist, die Befämpfung des Sozialismus könne allein noch die Erhaltung der privatkapitalistischen Wirtschaftsform sichern. Das kommt eben daher, daß man sich auf Unternehmerseite ein Zerbild vom Sozialismus zurechtgepinself hat, das mit dessen wirklichem Sinn und seiner kulturellen Bedeutung genau soviel zu tun hat, wie die Ansicht, daß das gegenwärtige Wirtschaftschaos nicht das ausfallschlechte Resultat der bisherigen privatkapitalistischen Wirtschaftsform sei. Daß wir dieses Zerbild, das auf der Pyramont'schen Tagung des Deutschen Buchdrucker-Vereins eine geradezu demonstrative Enthüllung fand, im Rahmen der tatsächlichen Verhältnisse auch der Gehilfenschaft des deutschen Buchdruckgewebes vor Augen führten, wird man auf Prinzipalsseite auch weiterhin als „Verhöhnung“ bezeichnen. Die im Verband der Deutschen Buchdrucker in Beruf und wirtschaftlichen Sorgen verbundene Kollegenschaft wird sich dadurch aber keineswegs in der Erkenntnis irren lassen, daß nicht die Folgen an den Ursachen der heutigen kultur- und wirtschaftspolitischen Zerrüttung schuld sind, und daß erst die Beseitigung der Ursachen dieser Zustände die menschliche Wirtschaft zu dem machen kann, was sie von Natur aus und ohne privatkapitalistische Profitgier sein soll: eine vernünftige Bewertung der menschlichen Arbeitskraft und nicht deren Verflüchtung im Dienst einzelner Herrenmenschen, die in der Herrschaft über andere Menschen den Gipfel menschlicher Verunft erblicken!

### Arbeitskraft und Kapitalismus

Die Grundlage der kapitalistischen Wirtschaft ist kein materialistischer Art. Gefühlsmäßige oder ethische Rücksichten kommen bei ihr nicht in Betracht, so viel hier und da auch davon geredet wird. Nichtern gesehen, stellt sich die kapitalistische Wirtschaft als ein ungeheurer Warenproduktions- und Verteilungsapparat dar. So important dieser Apparat auch erscheint, so besteht doch sein Zweck nur darin, Gewinne zu liefern. Wo diese nicht wintem, kommt der Apparat zum Stillstand, hört sein Funktionieren auf.

Bekanntlich haben im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung so ziemlich alle Dinge, die einen Gebrauchs- und Tauschwert besitzen, den Charakter von Waren angenommen. Selbst die Arbeitskraft der Menschen ist zur Ware geworden. Sie ist zwar dadurch, daß sie sich von ihrem Besitzer, dem lebendigen Menschen, nicht trennen läßt, eine Ware besonderer Art. Dennoch unterliegt sie den gleichen Bedingungen wie jede andre Ware. Für den Kapitalisten ist die Arbeitskraft des Arbeiters lediglich Produktionsmittel und damit gleich den Maschinen, Roh- und Hilfsstoffen Kostenfaktor der Produktion, der bei der Warenherstellung faktualistisch in Rechnung zu stellen ist. Das gilt aber nur für die Arbeitskraft. Der damit verbundene Mensch ist dem Kapitalisten völlig gleichgültig und für ihn eigentlich gar nicht vorhanden, wenngleich er sein Dasein nicht bestreiten kann.

Wie die übrigen Produktionsmittel, ist, vom Standpunkt des Kapitalisten, die Arbeitskraft ein notwendiges Übel, das er aber in den Kauf nehmen muß. Ohne ihre Anwendung kann nicht produziert werden, und ohne Produktion gibt es keinen Gewinn! Dieser soll sogar möglichst hoch sein, mindestens aber die übliche Durchschnittsrate erzielen. Deshalb ist das Bestreben der Kapitalisten darauf gerichtet, die für die Produktion unvermeidlichen Kostenfaktoren auf das geringste Maß herunterzubringen. Hierbei löst er auf gewisse Widerstände. Bei dem Bezug der Produktionsmittel wie Maschinen, Roh- und Hilfsstoffen hat er es mit andern Kapitalisten zu tun, die jäh an den von ihnen geforderten Preisen festhalten. Auch sie beanspruchen aus ihrer Produktion einen Gewinn und wollen sich diesen nicht schmälern lassen. Außerdem läßt sich an diesen Produktionsmitteln nichts abzudrücken, sie müssen in bestimmter Menge und Beschaffenheit vorhanden sein. Unblicherweise werden deshalb für diese Produktionsmittel entfallenden Aufwendungen als fixe oder feststehende Kostenfaktoren betrachtet.

Anders die Arbeitskraft des Arbeiters! Wohl hat auch sie einen bestimmten Wert, der sich nach dem für ihre Erzeugung, Erhaltung und Reproduktion entfallenden Aufwand bemißt und auf dem Arbeitsmarkt in ihrem Preis, dem üblichen Lohn, in Erscheinung tritt. Wie schon bemerkt, ist aber die Arbeitskraft des Arbeiters eine Ware besonderer Art. Sie setzt den auf ihre Herabwertung gerichteten Eingriffen der Kapitalisten in der Regel einen geringeren Widerstand entgegen. Das kommt daher, weil ihr Besitzer und Verkäufer, der Arbeiter, heillos ist und seine Verunnt aufspeichern kann, um die für ihren Verkauf günstigste Konjunktur abzuwarten. Er muß sie unter allen Umständen verkaufen, um seine Existenz zu fristen. Gelingt ihm das nicht, so verfallt er in Hunger und Elend. Dementprechend steht er dem wirtschaftlich stärkeren kapitalistischen Unternehmer ziemlich widerstandslos gegenüber und muß sich als einzelner dessen Kaufbedingungen fügen. Selbst unter sehr seltenen günstigen Umständen geht daher sein Lohn, den er für den Verkauf seiner Arbeitskraft erhält, wenig über das für ihre Erhaltung und Erneuerung unbedingt erforderliche Minimum hinaus. Zudem ist auch dieses Minimum, auf die von der Arbeitskraft erzeugte Ware berechnet, keineswegs feststehend, sondern erheblichen Schwankungen unterworfen, weshalb man von kapitalistischer Seite die Arbeitskraft bzw. den Lohn als beweglichen Kostenfaktor der Produktion bewertet.

Mit der Ausbreitung und Stärkung der Gewerkschaftsbewegung hat der Wert der Arbeitskraft als Kostenfaktor viel von seiner früheren Beweglichkeit verloren. Die Organisierung der Arbeiter, die kollektive Festsetzung der Löhne auf tariflichem Weg, die Einführung des Schlichtungswesens, der Sozial- und Arbeitslosenversicherung haben die wirtschaftliche Widerstandskraft der Arbeiter erhöht. Dadurch stellten sich den Bestrebungen der Unternehmer nach schärferer Ausbeutung der Arbeitskraft und Herabdrückung der Löhne früher nicht gekannte Schwierigkeiten entgegen. Gelingt es doch den Unternehmern, trotz der herrschenden Wirtschaftskrise in den letzten Jahren nur vermittels der gesetzlichen Zwangsingriffe in Form von Notverordnungen eine wesentliche Senkung der Löhne durchzusetzen. Diese genüge ihnen nicht! Die Produktionskosten sollten weiter heruntergedrückt werden. Das Mittel dazu war die technische Rationalisierung der Betriebe. Sie führte eine beträchtliche Herabsetzung des Kostenfaktors Arbeitskraft herbei. Der auf die Warenherstellung entfallende Lohnaufwand erfuhre eine starke Senkung, und zwar nach zwei Richtungen. Auf der einen Seite durch direkte Lohnkürzungen trotz gesteigerter Leistungen, auf der andern durch Freisetzung und Überfüßigmachung von Arbeitsträften und ungeheurer zunehmende Arbeitslosigkeit.

Das Vorgehen der industriellen Kapitalisten hatte jedoch nicht die erwarteten Wirkungen. Wohl gelang es, die Produktionskosten zu verbilligen und die Produktionsleistungen zu steigern. Dagegen blieb die Steigerung der Gewinne aus, weil für die vermehrte Warenherzeugung nicht der entsprechende Absatz zu finden war. Die Rationalisierung der Betriebe stellte sich als Fehlspekulation heraus. Zum Teil trug hieran die monopolistische Hoßhaltung der Preise durch die Industriekartelle die Schuld. Im weiteren wirkte die gegenseitige Abwehrung der Länder durch Schutzzölle sich gegen eine Erweiterung des Absatzes aus. Hinzu kam die vorhandene Schwächung der Kaufkraft bei den arbeitenden Volksschichten, ein Zustand, der durch die fortgesetzt zunehmende Arbeitslosigkeit weiter verschlimmert wurde. Unter diesen Umständen konnte der aufgebähte, technisch auf das raffinierteste ausgebaute Produktionsapparat nicht gewinnbringend arbeiten. Die vorhandene Warennachfrage reichte nur zur Anwendung von 40 bis 50 Prozent der durch die Rationalisierung geschaffenen Erzeugungskapazität aus, weshalb zahlreiche Betriebe stillgelegt werden mußten.

Was so auf der einen Seite durch die Rationalisierung und Lohndruck an Verminderung der Lohnkosten gewonnen wurde, ging auf der andern Seite durch die erhebliche Steigerung der fixen Kosten der mechanisierten und stillgelegten Betriebe verloren. Die Versuche, das so entstehende Mißverhältnis zwischen Produktionsaufwand und Produktionsvertrag durch weitere Lohnsenkungen zu beseitigen, mußten fehlschlagen. Letztere konnten die Kaufkraft der Arbeiter nur noch weiter schwächen und immer weitere Volksschichten in Mitleidenhaft ziehen. Ihre Folgen mußten in verstärktem Rückgang des Warenabfahes, weiteren Betriebseinschränkungen, vermehrter Arbeitslosigkeit und Steigerung der öffentlichen Fürsorgeleistungen bestehen. Wie die Arbeitskraft des Arbeiters, wird auch seine Kaufkraft von kapitalistischer Seite wirtschaftlich unterschätzt. Es wird nicht beachtet, daß ein Millionenheer

von Arbeitern vorhanden ist. Ziehen wir nur den Kaufkraftausfall durch Arbeitslosigkeit als Beispiel heran und legen wir für jeden Arbeitslosen einen Einkommensverlust von 2000 M. jährlich zugrunde, so haben wir es bei gegenwärtig 7 Millionen Arbeitslosen mit einem Kaufkraftverlust von 14 Milliarden Mark zu tun. Kein Wunder, daß die bisher unternommenen und meist an falscher Stelle angelegten schwächlichen Umverteilungsversuche zur Hebung der Wirtschaft keine Erfolge aufzuweisen!

Zweifellos bewegt sich die kapitalistische Wirtschaft in einem schwerhastigen Kreislauf. Sie kommt aus ihm nicht heraus, weil die Verfechter des Kapitalismus die Ursachen hierfür nicht erkennen wollen und sich der fatalistischen Auffassung hingeben, daß sich schließlic die in Unordnung geratenen wirtschaftlichen Verhältnisse von selbst regeln werden. Das ist falsch! Schon die im Verlauf der kapitalistischen Entwicklung des öfteren auftretenden Wirtschaftskrisen zeigten an, daß das kapitalistische Wirtschaftssystem Fehlerquellen aufweise, die auf die Dauer seinen Fortbestand gefährden müßten. Man setzte sich darüber hinweg! Nun aber treten diese Fehlerquellen in verstärktem Maß hervor und fordern ihre Beachtung. Eine der hauptsächlichsten Fehlerquellen liegt in der Vertrennung der Aufgabe, daß Produktion und Konsumtion untrennbar miteinander verbunden sind; eins ohne das andre nicht bestehen kann. Ferner darin, daß die Arbeitskraft ohne Berücksichtigung der damit verbundenen Menschen lediglich als Kostenfaktor der Produktion und Gewinnquelle betrachtet wird, nicht aber auch dahin, daß der die Arbeitskraft liefernde Mensch zugleich auch Konsument eines Teiles der Waren ist, die er produziert.

Solange die kapitalistisch-industrielle Entwicklung noch im Aufstiege begriffen war, diese sich nur auf einzelne Länder beschränkte, im weiteren der industriellen Produktion unbegrenzt erscheinende Absatzmärkte zur Verfügung standen sowie sich fortgesetzt neue Absatzgebiete erschloßen, konnte Produktion und Konsumtion einigermaßen im Gleichgewicht gehalten werden. Die Mißachtung der menschlichen Arbeitskraft, der mit ihr getriebene Raubbau und die geringe Einziehung des Arbeiters als Konsumenten fanden ihren Ausgleich in steigenden Exportmöglichkeiten. Was der durch Ausbeutung der Arbeiter und Verbraucher eingeschränkte Binnenmarkt von den erzeugten Waren nicht aufnahm, ging, wenn auch in zunehmendem Maße auf Kosten der inländischen Verbraucher, ins Ausland.

Diese Verhältnisse haben eine Änderung erfahren. Der Export geht infolge der Industrialisierung der früheren Exportländer zurück. An Stelle des Weltmarktes gewinnt der Binnenmarkt steigende Bedeutung. Die Produktion ist in steigendem Maße auf ihn angewiesen, und sie muß stagnieren sowie zurückgehen, wenn sie auf ihm keine kaufkräftigen Abnehmer findet. Zu diesen Abnehmern gehört die nach Millionen Köpfe zählende Arbeiterschaft. Sie kaufkräftig zu erhalten sowie ihre Kaufkraft zu steigern, ist daher von größter Wichtigkeit, ja zu einer Lebensfrage für die Wirtschaft geworden. Damit ist nicht gesagt, daß der Weltmarkt als bedeutungslos anzusehen ist und man mit seiner Ausschaltung rechnen darf. Das wird nie geschehen, wie schon der Umstand beweist, daß gerade die industriellen Länder des alten Europas noch immer die besten Abnehmer deutscher Waren sind und sich ferner für unsere Produktion den Weg von ausländischen Rohstoffen nicht missen können. Aber auch im Ausland liegt aus den gleichen Ursachen wie in Deutschland die Kaufkraft danieder. Und diese kann nur gehoben werden, wenn hier wie dort die Arbeitskraft des Arbeiters eine andre Einziehung erfährt, der an ihr größte Raubbau aufhört und auch der Arbeiter als Konsument höher bewertet wird als es heute geschieht. Der Kapitalismus dürfte sich jedoch dazu nicht fähig erweisen, weshalb nur seine Beseitigung der heutigen Wirtschaftskrisen ein Ende bereiten kann.

### Einbruch in den Kapitalismus

In diesen Tagen kommt häufig das Gespräch auf die Frage, welches wohl die größte Unterlassungssünde gewesen ist, die seit der Revolution begangen wurde. Die Antwort erscheint nicht zweifelhaft. Die Sozialisierung der durch Krieg und Nachkriegswirren zerrütteten Industrie hätte nur ein rotes Leichentuch um einen toten Kadaver gelegt und die Sozialisierung selbst auf das höchste kompromittiert. Möglic wäre dagegen eine gründlic Agrarreform gewesen, die dem Großgrundbesitz und seinen schädlichen Auswirkungen den Garau bereit hätte. Der neue Staat der Revolution wäre niemals in die grauenvolle Gefahrenzone hineingeraten, in der er sich heute befindet, hätte er das durch Gewalt und Unrechtstat zusammengeraubte Land des Großgrundbesitzes zwischen Hunderttausenden von Bauernjöhnen und Landarbeitern aufgeteilt. Hunderttausende von Bauern und Millionen ihrer Angehörigen würden aus Eigeninteresse bis zum letzten Blutstropfen die Republik, die ihnen ihr Land gab, verteidigt haben. Wer heute in Deutschland Arbeiter und Bauern hinter seine Fahnen zu bringen vermag, besitzt eine unwiderstehlic Macht.

Unter diesen Gesichtspunkten kommt einem Buch, das soeben der hervorragende Nationalökonom und Soziologe, Professor Franz Oppenheimer, veröffentlichte („Der dritte Weg“, Alfred-Brotte-Verlag, 1933), eine große Bedeutung zu. Aber Professor Oppenheimer, dem selbst sein Gegner befehlen muß, daß er ein Forscher und Gelehrter ersten Ranges ist, brauchen nicht viele Worte verloren zu werden.

Wir möchten uns allein mit der Stellungnahme Oppenheimers in der Frage der Bodensperre beschäftigen, nicht aber mit seiner Gesamtanschauung über die Neuordnung der Wirtschaft, deren Diskussion auf ein andres Blatt gehört. Oppenheimers geistige Lebensarbeit liegt in einer statischen Ansaß grundlegender Werke vor uns, und seine erfolgreichen Siedlungsversuche auf einer Reihe von Gütern in der Nähe von Berlin haben unsere praktische Erkenntnis auf diesem Gebiet in hervorragendem Maß bereichert. Um so wichtiger ist es gegenwärtig, sich mit seinen Vorschlägen auseinanderzusetzen und sie auf ihre praktische Brauchbarkeit zu prüfen.

Ausgangspunkt der Oppenheimerschen Erkenntnis ist, daß es sich zunächst darum handelt, etwas abzubauen, nämlich das durch Gewalt entstandene Großgrundbesitz, die Bodensperre, die die Schuld daran trägt, wenn die Verteilung der Einkommen so verderblich ungleich ist. Die heutige Einkommensverteilung hemmt die Entwicklung der Gütererzeugung und verhindert uns, so reich zu sein, wie wir es schon heute sein könnten. Menschen darben und verhungern, und gleichzeitig füllen sich die Waren zu Gebirgen, ohne daß Mensch und Ware zueinander kommen können. „Der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.“ In Nordamerika heizen sie mit Weizen, in Europa haben die Menschen kein Brot; in Brasilien werfen sie ganze Kaffeestanten ins Meer, in Europa müssen die Menschen Jidorientee trinken; in den Südstaaten und Ägypten gehen die Baumwollbauern zugrunde, und in Europa gehen die Massen in Lumpen; in Australien machen die Herdenbesitzer bankrott und die Europäer können sich kein Fleisch kaufen. Und wohin soll das führen? „Zum Bürgerkrieg, der die Wirtschaft ganz und gar in den Abgrund führen muß? Zu einem neuen Weltkrieg, um die Konturen durch abzuflachten? Zu Giftgas, Brandbomben, Tod und Verderben, auch für Frauen und Kinder?“

Eine gute Regel der Taktik besagt, den Gegner an seiner schwächsten Stelle anzugreifen. Das Großgrundbesitz, schon heute in seinem Bestand nur durch laufende Subventionen in Milliardenhöhe zu halten, ist die gefährdetste, aber auch die gefährlichste Stellung des Kapitalismus.

Nicht, weil die Maschinen den Menschen aufs Pfaster warfen, sondern weil der Arbeitsmarkt durch den Zustrom jammervoll armer Menschen wieder überschwemmt wurde, wurde der Lohn in die Tiefe gerissen und die gewerblic Kaufkraft der städtischen und infolge der Abwanderung auch der bäuerlichen Bevölkerung vermindert. Die Wanderungsstatistik belehrt uns über die fürchtbaren Wirkungen, die die in Gestalt des geschlossenen massenhaften Großgrundbesitzes auftretende Bodensperre verursacht. Immer schon war die Landluft am stärksten, geradezu ungesundlic stark, aus den Gebieten des Großgrundbesitzes im Osten, der „Bodensperre“ und ebenfalls groß aus den Bezirken der „Bodeneenge“ im Westen und Südwesten, wo Zuerz- und Kleinbauernumt übermäßig zusammengebrängt ist. Weil wenige tausend Großgrundbesitzer in Deutschland einen großen Teil des Bodens mit Beschlag belegt haben, muß heute der größte Teil der arden in Arzfreiheit leben. In Deutschland genügt im Durchschnitt ein Hektar je Kopf, also fünf bis sieben Hektar für die fünf- bis siebenköpfige Familie als Lebensgrundlage. Wenn kein Landwirt in Deutschland mehr als diesen notwendigen Anteil sein eigen nennen würde, gäbe es in Deutschland nicht 25 Millionen abhängige Landarbeiter, nicht über 700 000 Pächter, nicht über Millionen Kleinbauern mit unzureichender Adernahrung, so daß sie gezwungen sind, auf industriellen Nebenberwerb auszugehen und den städtischen Arbeitern den Arbeitsplatz wegzunehmen. Aufgabe einer Siedlungspolitik, die zugleich einen grundstättlichen Ausweg aus der Krise bedeuten könnte, wäre es, in den nicht bebauten Bezirken des Kleinbäuerlichen Westens und Südwestens durch Aufteilung vorhandener Großgüter und Zuteilung des Landes an unzureichend mit Boden ausgestattete Kleinbauern, Millionen dieser Menschen von dem Zwang zu befreien, durch Lohnarbeit in der Industrie den notwendigen Lebensunterhalt hinzuzuwendigen. Schon dies würde eine siltbare Entlastung des städtischen Arbeitsmarktes und einen gewaltigen Rückgang der gegenwärtigen Massenarbeitslosigkeit bewirken. Darüber hinaus ist vor allem das noch riesenhaft vorhandene Großgrundbesitz im Osten durch Bauernsiedlung aufzulösen und jedenfalls stark zu verkleinern. Was die technische Durchführung anfangs, so wird es vielfach von der ganzen Lage abhängen, ob man sofort selbständige Bauern einsetzt oder ob man das Land unter Aufsicht der großbetrieblchen Wirtschaftsweise den Siedlern in gemeinsame Bewirtschaftung geben soll. Wo reiche Märkte in nächster Nachbarschaft dem Gartenbau und der Erzeugung veredelter Viehprodukte günstige Absatzverhältnisse gewährleisten, wird die Ansiedlung selbständiger Bauern von Vorteil sein. In den großen Ebenen und in weniger günstiger Verhältnisse wird die gemeinschaftlic Betriebsformen den Vorzug verdienen, wahrscheinlich in der seit 36 Jahren von Professor Oppenheimer vorgeschlagenen Gestalt, daß die gleichen Menschen, die den Großbetrieb bewirtschaften, an dessen Rand eigne kleinere Stellen für sich erhalten.

Man sage nicht, eine solch massenhafte Ansiedlung werde nur die Veredelung der Siedler zur Folge haben und damit den Siedlungszweck in sein Gegenteil verkehren, da unmöglich Absatz für die dann stark angewandene bäuerlic Veredelungswirtschaft sein würde. Es soll hier nicht im einzelnen von der starken Gleichgewichtsförderung unres volkswirtschaftlichen Körpers gesprochen werden, die, rein zahlenmäßig gesehen, darin besteht, daß wir zu viel Industrie und zu wenig Landwirtschaft haben. Die Industrie ist überfittet, die Landwirtschaft verkommen. Noch viel stärker als zwischen diesen beiden Wirtschaftsabteilungen sind die Gleichgewichtsförderung zwischen der Erzeugungskraft der Volkswirtschaft und ihrer Kaufkraft. Ohne Abwanderung wäre der landwirtschaftlic Markt, d. h. in erster Linie die Nachfrage nach städtisch gewerblichen Er-

### Ein Normortiment von Druckfarben

(Vorschläge der Farbenkommission des Regra.)

Die Farbenkommission des Normenausschusses für das Graphische Gewerbe trat nach einer längeren Pause am 4. Oktober 1932 in Leipzig zu einer Sitzung zusammen. Nachdem die Tätigkeit der früheren Unterkommissionen durch Herausgabe des Wertblattes über Normprüfmethoden für Druckfarben erledigt war, ist an den Vorbereitungen für eine Farbhornormung weitergearbeitet worden. Das Ziel bestand in einem begrenzten Sortiment bunter Farben, die von jeder Druckfarbenfabrik in gleicher Stoffzusammensetzung und mit den gleichen Eigenschaften und Eigenschaften geliefert werden sollen, und die für normalen farbigen Buchdruck auf gut geleimtem bzw. gestricheltem Papier geeignet sind. Da diese Farben auch für Mehrfarbendruck brauchbar sein sollen, war von vornherein auf einen möglichst hohen Lichtechtheitsgrad, gute Wiltchbarkeit und ein möglichst geringes Maß von Verflüchtigkeit zu achten.

Was den Umfang dieses Farbensortiments angeht, so war von vornherein klar, daß bei einer solchen Normung niemals alle Sonderwünsche, z. B. des Spezialdruckfarbendruckers, des Farbenoffsetdruckers oder einer Packungsirma berücksichtigt werden können. Jeder dieser Spezialbetriebe kann die Normfarben verwenden; nebenbei wird er aber noch Farben in besonderer Nuance oder mit besonderen Eigenschaften benötigen. Andererseits sollte die Zahl des genannten Farbensortiments aber auch nur so weit begrenzt werden, daß alle häufiger vorkommenden Farben, wie z. B. die Zweifarben, Orange, Grün und Violett, in möglicster Reinheit und Leuchtkraft vorhanden oder zu ermitteln sind. Dadurch scheid die theoretisch denkbare Lösung, nur die drei Grundfarben in allen Eigenschaften und Ech-

heiten zu normen und sämtliche Farbtoine daraus zu ermitteln, sehr bald aus. Bei dieser Erweiterung des Sortiments ließ man sich auch von dem Gedanken leiten, daß es für die Praxis zweckmäßiger und billiger ist, von jeder Grundfarbe noch ein Farbenpaar, das im Ton nach den beiden Nachbarfarben hinsichtlich, als Normfarbe festzulegen, statt diese Nuance zu ermitteln. Da schließlich Mitoriblan unentbehrlic erschien, beschloß die Farbenkommission einstimmig, folgende Farben in den Normvorschlagn aufzunehmen und nach Festlegung der Stoffzusammensetzung und der Eigenschaften als „Nagra-Farben“ zu bezeichnen.

- Nagra-Farbe Nr. 1 bläuliches Rot,
- Nagra-Farbe Nr. 2 mittleres Rot,
- Nagra-Farbe Nr. 3 gelbliches Rot,
- Nagra-Farbe Nr. 4 Orange,
- Nagra-Farbe Nr. 5 rötliches Gelb,
- Nagra-Farbe Nr. 6 mittleres Gelb,
- Nagra-Farbe Nr. 7 grünlisches Gelb,
- Nagra-Farbe Nr. 8 Grün,
- Nagra-Farbe Nr. 9 grünlisches Blau,
- Nagra-Farbe Nr. 10 mittleres Blau,
- Nagra-Farbe Nr. 10M Mitoriblan
- Nagra-Farbe Nr. 11 rötliches Blau,
- Nagra-Farbe Nr. 12 Violett.

Die genauen Angaben über die Stoffzusammensetzung, d. h. über die Art des Pigments und des Farbstoffträgers sowie über die verschiedenen Echtheitsgrade usw. werden in Kürze an dieser Stelle in Form des Nagrablatt-Entwurfs Nr. 213 bekannt gegeben und zur Diskussion gestellt werden. Es sei zunächst angeführt, daß sämtliche Farben untereinander mischbar, völlig wasserrecht und sehr gut lichtecht sind. Desgleichen sind alle Nagra-Farben lichterfähig, soweit Maschinenlackierung in Frage kommt.

Nach der durch einstimmigen Beschluß erfolgten Annahme der 13 Nagra-Farben wurde daraufhin hingewiesen, daß selbstverständlich der technische Fortschritt durch eine solche Normung nicht verhindert werden dürfe, und daß deshalb stets die Möglichkeit offen bleiben müsse, verbesserte Farbstoffe an Stelle der jetzt vorgesehnen zu verwenden.

Eine längere Diskussion ergab sich über die Frage, inwieweit der Buchdrucker in der Lage ist, die einzelne Farblieferung daraufhin zu prüfen, ob sie in jeder Hinsicht den Normvorschriften entspricht. An Hand der vom Regra früher geschaffenen Normprüfmethoden für Druckfarben ist es jeder Druckerei möglic, die Licht-, Wasser-, Radier- und Alkaliastheit der einzelnen Farbe durch einen einfachen Versuch zu ermitteln, und damit ist in den meisten Fällen mehr gebietet als mit einer chemischen Untersuchung der Stoffzusammensetzung, die nur in einem besonders eingerichteten Laboratorium durchführbar ist. Differenzen können aber zwischen Druckfarbenfabrik und Druckerei über die Nuance einer Farbe vorkommen, besonders da der einzelne Farbton von der Art des bedruckten Papiers, der Konzentration der Farbe und einer Reihe anderer Faktoren abhängig ist. Da sich die Vertreter des Druckfarbenverbandes zur Festlegung des zahlenmäßigsten Verhältnisses zwischen Farbpigment und Farbstoffträger (Streckungsmittel), das für die Ergiebigkeit der einzelnen Nagra-Farbe ausschlaggebend ist, vorläufig nicht bereit fanden, wies Herr Dr. Volk von der Firma Altklein (Berlin) auf seine Methode zur Bestimmung der Farbkraft hin, nach der es möglic ist, die Nuance einer Druckfarbe in Abhängigkeit vom Farbauftrag durch Ermittlung des Wertes der drei Grundfarben in der Photometer gaslenmäßig festzulegen. Die Zahlen für den Grundfarbenanteil, die selbstverständlich stets auf dem gleichen Papier zu ermitteln sind, lassen

zeugnissen in Deutschland, doppelt so groß an Kopzahl und vielfach so groß an Kaufkraft. Statt 14 Millionen, von denen die große Mehrzahl arm und kassenschwach ist, würden 28 Millionen ländlicher Bevölkerung ihre Nachfrage nach Erzeugnissen der Industrie und Landwirtschaft richten. Aber auch der zweite Hauptteil der Kaufkraft, der Lohn der Arbeiter und Angestellten, wäre ohne Bodenrente und Abwanderung ungemein höher. Denn darunter stehen Industrie und Landwirtschaft gleichmäßig; jene, weil sie ihre Waren im Inland nicht absetzen kann, diese, weil sie für ihre wichtigsten Erzeugnisse keine lohnenden Preise erzielen kann. Wie stark der Absatz bäuerlicher Verarbeitungsprodukte noch vermehrt werden könnte, mögen einige wenige Ziffern beweisen. Der Durchschnittsverbrauch an frischer Milch beträgt pro Kopf und Tag in Luzern 0,9 Liter, in New York 0,85 Liter, in Antwerpen 0,75 Liter, im Durchschnitt von 91 deutschen Städten dagegen nur 0,25 Liter. Wenn jeder Deutsche so viel Frischmilch kaufen könnte wie der New Yorker, so müßten rund fünf Millionen Kühe neu eingestallt werden und 600 000 neue deutsche Mittelbauern könnten glänzend bestehen. Wenn jeder Deutsche täglich eine Schmitze Brot mehr als heute mit Butter befreuen könnte, würden 800 000 Kühe neu aufgestellt werden müßten und 120 000 Bauern könnten bestehen. Wenn jeder Deutsche nur ein Ei täglich mehr essen könnte, so würden rund 24 Milliarden Eier pro Jahr in Deutschland mehr verzehrt werden. Eine Hühnerfarm ist schon sehr bedeutend, wenn sie täglich 3000, pro Jahr rund 100 000 Eier erzeugt. Wir würden also 240 000 solcher Farmen neu einrichten können.

So ist die Beseitigung des Großgrundbesitzes heute eine Lebensfrage für die Arbeiterklasse. Die bisherigen Revolutionen, die zwar die staatsbürgerliche Ungleichheit des Feudalismus beseitigen konnten, haben nur halbe Arbeit getan. Es blieb immer bisher die Ungleichheit des Besitzes. Die historische Aufgabe des Sozialismus ist es, diese Entwicklung zu Ende zu führen und die klassenlose Gesellschaft der Freien und Gleichen herzustellen. Der Kampf gegen das Großgrundbesitz wird der nächste Schritt sein, der auf diesem Weg getan werden muß. E. R.

### Ausnahmegebot oder Gedankenfreiheit?

Unter diesem Titel hat mein Kollege L. S. in ausgiebiger Weise seine Anschauungen in Nr. 91 des „Korr.“ über ein recht heikles Thema zur Geltung gebracht. Lieber Kollege, auf den ersten Blick mag deine Ansicht für jeden logisch und gerechtfertigt erscheinen, aber deren Gefährlichkeit möchte ich dir und allen Kollegen einmal vor Augen führen.

Abgesehen davon, daß jener Artikel, in Zirkularform den Funktionären unseres Verbandes zugeeignet, seinen Zweck besser erfüllt hätte, darf man doch annehmen, daß jeder Funktionär befähigt ist, im engeren Kreis (Vorstandsmitglied) und im weiteren Kreis (Mitgliederversammlung), vom rein menschlichen Gesichtspunkt aus einmal Gnade vor Recht gehen zu lassen und dem auch Geltung zu verschaffen, wenn über einen Vertreter aus unsern Reihen zu Gericht gesessen wird.

Auch dir, lieber Kollege L. S., dürfte der § 61 des BGB. bekannt sein. Aber seinen Zweck und seine Notwendigkeit wollen wir uns nicht streiten. Ebenso bekannt dürfte dir aber auch sein, daß eine gewisse Sorte Menschen diesen Paragraphen recht geschickt als Jagdschein für ihre Verbrechen auszunutzen wissen. Denselben Jagdschein hast du denen ausgestellt, deren Mischgeschäften du „verstehst und verstehst“. Sie werden ihn auf jeden Fall für ihre Zwecke zum Schaden der Organisation auszunutzen wissen, es steht doch schwarz auf weiß im „Korr.“. Mit deiner übergroßen Nachsicht kann es passieren, lieber Kollege, daß daselbstes Schicksal des Nazareners von jenen Kreisen bereitet wird, denen du wie jener im voraus alles verstehst. Du kannst

sich für die einzelne Nagra-Farbe in Form von Kurven darstellen und geben geeignete Anhaltspunkte für die Nachprüfung des Farbtons in Abhängigkeit von der Stärke des Farbauftrags. Diese interessanten Darlegungen führten zur Einsetzung einer Kommission, die für die 13 Nagra-Farben die betreffenden Zahlenwerte nach der Methode Best ermittelt soll. Die gleiche Kommission wurde beauftragt, die in einer Sitzung von Herrn Professor Blecher (Leipzig) vorgeschlagene Methode zur Ermittlung des Farbverbrauches je Quadratmeter Druckfläche darauf zu prüfen, ob sie sich einheitlich durchführen läßt und für die 13 Nagra-Farben brauchbar ist. Wiederholt wurde hierbei aus den Kreisen des Druckgewerbes die Forderung gestellt, daß die Druckfarbenfabriken bei jeder Lieferung die für den Buchdrucker wichtigen Angaben über die Ergiebigkeit der Farbe und deren Verbrauch machen sollten.

Weiter wurde beschlossen, die 13 Nagra-Farben recht bald in Form geeigneter Karteikarten herauszugeben. Diese Karteikarten werden in Kürze von der Geschäftsstelle des Normenausschusses für das Graphische Gewerbe, Leipzig C 1, Kaufstraße 14, zu beziehen sein. Nähere Einzelheiten werden bei Veröffentlichung des Nagrablatt-Entwurfs Nr. 213 bekanntgegeben werden. Im Handel sollen die Normfarben nach einem weiteren Beschluß der Kommission stets die Bezeichnung „Nagra-Farben Nr. ...“ tragen. Im Schluß der mehrstündigen Sitzung teilte der Vorsitzende mit, daß die Geschäftsstelle des Nagra bzw. des Wirtschaftsamtes des Deutschen Buchdrucker-Bereins dem praktischen Drucker durch geeignete Publikationen noch Anhaltspunkte für die Verwendung der Nagra-Farben an die Hand geben werde, und daß man sich in allen diesen Fragen an die Geschäftsstelle als die Zentrale halten solle.

mir vorhalten, daß dieser Fall nicht ganz authentisch ist. Aber haben sich denn solche oder ähnliche Begebenheiten in der Weltgeschichte nicht wiederholt? Vermagst du wirklich nicht die rollenden Köpfe mit dem Scheiterhaufen der Inquisition oder dem blutigen Schafott der Feudalherrschaft in Einklang zu bringen.

Das klassische Zitat von Goethe, das deinen Ausführungen voraussetzt, kann jeder Nazi, einschließlich Hitler, für sich in Anspruch nehmen, wenn es für ihn zureichend wird, allerdings nach deiner Ansicht. Soweit sollte dir doch das Programm der Nazis bekannt sein, daß es sich nicht mit unsern Grundgesetzen vermissen läßt.

Wie stellst du dir überhaupt das Arbeiten mit einem solchen „Kollegen“ am selben Arbeitsplatz vor? Gener hat die Parole „Klassenkampf“ und du Parole „Klassenkampf“ auf die Fahne geschrieben. Euer beider Belange könnte man sich höchstensfalls in einem jüdischen Unternehmer gegenüber gewahrt und vertreten wissen, was mir auch noch recht fragwürdig erscheint. Und wie verhält sich die ganze Geschichte, wenn dein „Kollege“ neben dir dem Unternehmer gegenüber die gleiche Parteizugehörigkeit in ein gewisses Abhängigkeitsverhältnis gerät, was bei der „Arbeiterpartei“ auf jener Seite doch keine Seltenheit ist? Wie sind dann deine Interessen gewahrt? Hier liegt doch der Aktionsradius der Gewerkschaften überhaupt, und da sind wir wieder an einem Punkt angelangt, wo sich unsere Auffassungen teilen. Es ist widerum, einen Nazi und einen Kommunisten mit dem gleichen Maß zu messen. Wohl ist es auch oft schwer, mit letzterem Schulter an Schulter zu kämpfen; aber er wird nie und nimmer dem Unternehmer gegenüber in einem solchen Hörigkeitsverhältnis stehen wie ein Nazi.

Aber jene Kollegen zu richten, die in Nazi-betrieben arbeiten, sei auch mir fern. Solche Gesinnungszwangsjuden behagen keinem so recht. Auch wird ihnen meistens ein Kampf um ihre Rechte in ihren Betrieben nicht immer erpart. Not und Verzweiflung als Entschuldigung in einer Gesinnungswelt ins Feld zu führen, halte ich für ziemlich gewagt. Halten wir nicht einen Streikbrecher für einen ganz gemeinen Lumpen, obwohl auch er sich damit entschuldigen kann, nur aus Not und Verzweiflung so gehandelt zu haben, nicht etwa, um seine Kollegen in den Rücken zu fallen? Ihn straft unsere Verachtung, und zwar mit Recht, warum nicht auch jenen, dessen Handlungsweise genau so zu verurteilen ist?

In Erinnerung ist mir noch ein früherer Artikel aus deiner Feder, Kollege L. S., wo du den Verband mit dem Vaterhaus vergleicht, worin ein jeder seine Meinung frei und offen bekennen soll, ohne den andern zu verletzen, sehr richtig! Aber diesmal bist du entschieden zu weit geraten; denn mit der Ruhe und Eintracht im Vaterhaus ist es ein und für allemal vorbei, wenn man jenen Elementen so weitgehende Konzessionen macht und ihnen Tummelplätze für ihre Ideen darzu verpficht.

Ohne meine Ausführungen mit klassischen Zitaten zu erhärten, möchte ich sie mit einem praktischen Beispiel beenden: Die Gewerkschaft ist mit einem Gelpmann zu vergleichen, welches zur Zeit eine unwegsame Straße zu überwinden hat. In solchen Momenten sind die Zügel straff zu halten, soll das Gefährt nicht an einem Abgrund gerisshen. Jeder Führer wird dir das bestätigen, lieber Kollege L. S.!

H. R o s s (Hannover).

In der Nr. 91 des „Korr.“ macht ein Kollege L. S. (Hannover) den Versuch, vor einem Ausnahmegebot gegen die Anbieter des Hakenkreuzes in unsern eigenen Reihen zu warnen. Die fortschreitende Verelendung der Arbeiter-schaft, der brutale Terror unser Gegner gegen aufrichtige Gewerkschaftler läßt die Frage akut werden: ist die schärfste Abwehr gegen die gelben Klassenfeinde durch ein Ausnahmegebot berechtigt?

Kollegen! Die jahrelange Arbeitslosigkeit hat uns zermürbt. Wir, die junge Generation im Verband, sind der Brutalität kapitalistischer Unfähigkeit besonders ausge-setzt. Das geistige Verkommen droht der Großstadtjugend, einer Verflachung und völliger Entfremdung vom Beruf sind wir auf dem Land ausge-setzt. In stiller Verbissigkeit tragen wir unser Los. Unser Leid ist uns jedoch gleichzeitig eine harte Schule. In stiller Groll ist uns unfehlbar die Erkenntnis eingeschämert, wer uns wirklichen Unterdrücker, wer die Helfer der reaktionären Ausbeuter sind!

Verzweiflung hat gewiß manch armen Teufel gepackt. Ist aber der persönliche Anmut Grund dafür, seinem Klassen-gefeindeten Verrat anzuliegen? S. L. -Küchen, S. L. -Zeug-nereien sind wohl gut ausgestellte Fanggeräts, dazu angetan, arme Teufel vor einem Hitter auf die Knie zu zwingen. Nicht aber der Magen, sondern der Geist ist richtungsgelend für die politische Einstellung des einzelnen. Ein Mensch, der wegen einer Erbsenluppe oder einer Un-form seine Gesinnung verrät, ist politisch nicht reif und würde auch ohne den Hunger zum Hakenkreuz desertiert sein. Soll nun etwa die Arbeit in einem Nazi-betrieb eine Entschuldigung für die Hakenkreuzbrüche sein? Die größte Zahl aller Kollegen war bisher gewonnen, soweit sie das Glück hatten, in einem bürgerlichen Betrieb zu arbeiten. Diese Kollegen wären dann ebenfalls gezwungen, gleich den heutigen Hakenkreuzdesertoren in das bürgerliche Lager zu wechseln. Sie haben es nicht getan. Es ist ein bewusster Schritt, den heute noch ein Berufspartner ins fahsichliche Lager tut!

„Gedankenfreiheit“ heißt der Ruf des Kollegen S. Die Freiheit der Gedanken ist in der Gewerkschaftsbewegung wahrhaftig gesichert. Soll etwa diese „Freiheit“ so weit-gegeben werden, daß unsere Versammlungen mit Hakenkreuz-geschmückten Subjekten vermischt werden? Unreife Unfähigkeit im politischen Kampf, unreife Zurückhaltung dem Gegner

gegenüber in manchen Fällen hat uns viel zuviel ge-schadet. Wir erreichen nichts mit dieser Art Gedanken-freiheit, was unsrer Arbeit dienlich wäre. Wir erreichen vielmehr, daß eine schlimme Brut im eignen Haus gezüchtet wird. Wenn heute Gewerkschaftler Mitglieder der NSDAP sind, werden sie dort gewiß die Vorbereitung finden für den nächsten Streikbruch. Sie werden eingepannt in die berüchtigte Zellenarbeit, die systematisch das Feld für die Nazi-propaganda vorarbeitet. Es kann nicht „möglich“ sein, daß ein anfänglicher Kollege auch ein anfänglicher Nazimann ist“, und daß man es „in diesem Fall mit einem gleich-berechtigten Andersdenkenden zu tun“ hat. Ein Nazimann kann wohl ein Berufspartner sein, aber nie ein Kollege! Und wenn solche Menschen wirklich „unbewußt“ dieser Partei angehören, dann fördern sie eine Bewegung, die gewillt ist, für die Nazisiten, also auch ihrem Sinne nach für die Gewerkschaftler, Sanftleise zu drehen..., die uns um ein Jahrhundert zurückdrängen will!

Kollegen! Wir klagen an! Wir fordern, daß ein Schlußstrich gezogen wird zwischen uns und unsern Gegnern! Wer nicht für uns ist, der ist gegen uns. Was nützt uns aller Kampf der Arbeiter-schaft, wenn solche Gedanken in unsern Reihen zum eignen Ver-derben leben? Wir brauchen Kollegen und Kämpfer, die „völlig unabhängig von den Verhältnissen ihre An-schauung und Überzeugung zu bilden vermögen“. Zahlen-mäßig mag die Zahl dieser Leute nicht riesig erscheinen, ihre Qualität aber wirkt sich um so mehr zum Segen der ge-samten Bewegung aus. Die Zahl dieser Kollegen-schaft hat sich durch all die Wirrnisse der Zeit ihren klaren Verstand nicht rauben lassen. Durch eine Toleranz des Faschismus aber werden wir niemals geordnete Arbeitsverhältnisse wieder erleben. Kampf und nochmals Kampf dieser braunen Söldlingen des Kapitals! Erst wenn die Front rein ist von jedem Abwehler, wenn wir keinen Kollegen mißtrauisch betrachten brauchen, wird das kollegiale Zu-sammenleben, die Schlagkraft unsrer Organisationen aufs Neue gestiftet sein. Nicht die Rücksicht auf Personen kann uns zurückhalten, wir wollen die Welt von morgen!

M. B. (Kajim S. Bremen).

### Korrespondenzen

**Brottopf.** In unsrer überaus gut besuchten V e r s a m m - l u n g am 6. November begrüßte Vorsitzender W o l f e r die Kollegen mit herzlichsten Worten, besonders den Referenten. Es folgte zunächst die Erledigung des geschäftlichen Teils. Kollege S c h r a m m gab den Kassenbericht vom dritten Quartal, der mit einem ansehnlichen Uberschuß abschloß. Beschlossen wurde, den arbeitslosen Kollegen auch in diesem Jahr zu Weihnächten wieder ein Geldgeschenk zu über-reichen, ebenfalls soll für die Kinder eine kleine Weih-nachtsfeier stattfinden. Im Rahmen unsrer Winterarbeit kam dann ein sehr interessanter Vortrag des Kollegen B ü l s c h e r vom hiesigen Arbeitsamt zu Gehör. Frei von jeder Parteipropaganda verstand er es, die Kollegen mit aktuellen Fragen der Arbeitslosenversicherung vertraut zu machen. Er zeigte die krassen Unterliebe in der Lei-stung der Beiträge und der dafür zu empfangenden Unter-stützungssätze im Fall der Arbeitslosigkeit. Die Forderung der Gewerkschaften muß immer wieder sein, daß die Höhe der Beiträge (die ja nicht immer reiflos ihrem eigentlichen Zweck zugeführt werden, da erzieherischermaßen Kapital an-gesammelt und für andre Reichszwecke verwandt wird) den Leistungen der Arbeitslosenversicherung angepaßt wird, d. h. Bezürner mit den nur die Arbeiter-schaft be-faßten Beiträgen. Der Vortrag verdiente weitesten Kreisen zugänglich gemacht zu werden, um durch Aufklärung und Zusammenfluß ein festes Volkswort gegen die Reak-tion zu schaffen. Reicher Beifall lohnte dem Redner für seine Ausführungen, denen sich eine anregende Debatte an-schloß. Demnach wird Kollege Bülscher nochmals einen Vortrag über ein Spezialgebiet der Arbeitslosenversiche-rung in unserm Ortsverein halten. — Im Dezember findet eine Ausstellung des internationalen Wettbewerb für Plakatentwürfe der Bülschergilde Gutenberg statt.

**Frankschweig.** Unsr V e r s a m m l u n g am 31. Oktober hatte einen guten Besuch aufzuweisen. Für die Verrechnung vom dritten Vierteljahr wurde einstimmig Entlastung er-teilt. Hierauf begründete der Vorsitzende den Beschluß des Bezirksvorstandes, den Arbeitslosen auch in diesem Jahr eine Weihnächtsunterstützung zu gewähren. Es ist eine kol-legiale und moralische Pflicht aller noch in den Betrieben stehenden Kollegen, in das dunkle, sorgenvolle Leben unsrer arbeitslosen Kollegen wenigstens einen kurzen Licht-blick dringen zu lassen. Der Bezirksvorstand hat deshalb einmütig beschlossen, während der Zeit vom 9. Oktober bis 17. Dezember einen freiwilligen Extrabeitrag nach Höhe des wöchentlichen Bruttoverdienstes auszufahren. Der niedrigste Beitrag beträgt 25 Pf., der höchste Beitrag 2 M. Trotz Protestes einiger Kollegen gegen den Beitrag von 2 M. für die Buchhalter, wurde der Beschluß des Be-zirksvorstandes einstimmig von der Versammlung bestätigt. Hierauf berichtigten die Vertrauensmänner über die Ver-hältnisse in den Druckerien. In fast allen Betrieben ist Kurzarbeit eingeführt. Einige Prinzipale haben es nicht unterlassen können, die Leistungszulagen abzubauen. Vom Vorsitzenden der Handwerkerpartei wurde darauf hinge-wiesen, daß die geplanten Kurze für die Arbeitslosen sich durch besondere Umstände verzögert haben. Ein nochmaliges Gesuch an den Rat der Stadt wird eine Regelung dieser Angelegenheit herbeiführen.

**Stuttgart.** In einer aufbelebten V e r s a m m l u n g am 10. November sprach Professor Dr. C. Nötting (Frank-furt a. M.) über „Die derzeitige Situation des deutschen Kapitalismus“. Seinem rhetorisch wie gefühlvoll ein-gangsreichem Vortrag folgte eine Erörterung dreier verstorbenen Kollegen und der Punkt „Reinigungs-leistungen“ voraus. Kollege L e i n konnte von einem geringen Rückgang der Arbeitslosigkeit berichten, der jedoch mit Kapens Auftrieb, der nur Hefe bleibt, nichts zu tun hat. Es ist das anfallende Weihnächts- und kurzfristige Arbeits-luchtschiff, die letzte Besserung brachte. Die Sammlung für die Arbeitslosen zu Weihnächten bringt laut einge-

gangener Litten auch in diesem Jahr Beträge, die sich sehen lassen dürfen. Höchste Anerkennung sollte Redner den Gebern. Eine Gaudiorbeitserferenz Anfang Dezember werde zum Beitrags- und Unterstüßungsstellen Stellung nehmen. Unser Gau ist Zuschußgebiet. Die Aussprache über diesen Teil der Tagesordnung ergab, daß eine Eingabe des Gewerkschaftsartikels betreffs einer Beihilfe durch die Stadt an Arbeitslose im Gemeinbedarf noch nicht behandelt wurde. Die Stadtdirektion bemühte sich nachzuweisen, daß für solche Unterstüßungsanträge keine Deckung vorhanden sei, obwohl ein Deckungsvorschlag, der eine halbe Million für solche Zwecke einplanen könnte, gemacht worden sei. Kollege Klein sagte zu, daß auch von unserer Seite versucht werde, um von der Stadt eine Unterstüßung für die Arbeitslosen herauszuholen. Damit war dieser Punkt erledigt und nunmehr nahm Professor K ö n i g das Wort. Die derzeitige Krise seit 1800 die dreizehnte, die wir unter dem kapitalistischen Wirtschaftssystem durchzumachen haben. Wir dürfen uns nicht von trügerischen Hoffnungen einlassen lassen und dem Geschehen einfach freien Lauf lassen. Das Wesen der Krise zeigt Steigerung der Preise gegenüber sinkender Kaufkraft. Der Arbeitskraftverfall steht auf organisierten, von der Regierung Papen unterstützten Widerstand. Dieser Widerstand erstreckt sich gegen die mittleren, ja zum Teil höheren Beamtenkreise, deren früheres gleichbleibendes Einkommen stabile Ausgaben ermöglichte und damit auch mit zu einer mehr oder weniger gleichbleibenden Wirtschaftsgarung beitrug. Die Agrarprodukte sind im Preis eher stabil geblieben. Nur die Löhne der Verbraucherschichten sanken durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit, durch staatliche oder notverordnete Lohnd- und Gehaltsabbau, durch Erhöhung von Steuern und sozialen Abgaben. Ein solch widersinniges Gegeneinander bringt dann die klassischen trügerischen Gegensätze zwischen Angebot und Nachfrage. Die Frage: Warum will die heutige Krise nicht abklingen?, findet ihre Antwort darin: Weil durch die verfehlte kapitalistische Weltwirtschaftspolitik alle Kräfte in den tödenden Strudel hineingeworfen worden sind. Uns ihm herauszufinden, kann nur gelingen, wenn die fetterigen Wirtschaftsmethoden radikale Änderung zur planmäßigen Wirtschaftsführung erfahren. Aber alle zwölf vorherigen Krisen des Kapitalismus brachten keine Einlösung und Umkehr. Früher brachte Konkurrenzkapitalismus durch Drücken der Preise Erleichterung und Kräftigung. Heute, in der Zeit des organisierten Unternehmertums, im Monopolkapitalismus wird die Produktionsregelung züchtlos gehandhabt. Aus dieser schändlichen Darstellung entsteht Arbeitslosigkeit, Kaufkraftschwund und dadurch Dauerkräftigungsstand. Früher ludte dagabundierendes Betriebskapital Anlage-möglichkeit, bei der heutigen gibt es keine in Deutschland und in andern von der Krise betroffenen Ländern. In der Schweiz, Holland, Luxemburg und Westfalen bricht es mit 4 Proz. pro Anno die Zinsnachfrage. Hätten wir eine ökonomische Krise, würde sie ihren Abgang finden. Doch liegen die Ursachen viel tiefer. Der Lärm mit der Säbelschneide, weil ja der Säbel noch fehlt, die Drohungen mit dem Kopfschellen und mit dem niegeahnten Aufschwung der deutschen Hanfindustrie seitens der „Führer“ der derzeitigen höchsten politischen Partei löten alles Vertrauen. Autarkiebestrebungen lösten Abwehrmaßnahmen aus. Das überalterte Zinskonto löst Ausgleich im Lohnkonten-tützen. So gibt es noch mehr Ursachen, die die heutige Krise nicht auflösen lassen, nicht zum Aufhören bringen können. Man darf nur die Abklärung der Verbrauchsgüter-industrie seit 1875 durch die Kapitalgüterindustrie von heute in Betracht ziehen, und man wird die derzeitige Situation, in der sich der deutsche Kapitalismus befindet, verstehen können. Infolge der Nationalisierung ist die Kapitalgüterindustrie außerlands, Neueinstellungen zu machen. Daran wird Papens Wirtschaftspapen, von dem er sagte, daß es die letzte Karte der bisherigen kapitalistischen Wirtschaftsführung sei, die er ihnen in die Hände zu geben habe, nichts ändern. Man ist versucht, den deutschen Zwölfmonatswirtschaftsplan mit dem Fünfjahres-plan Auflands zu vergleichen. Der Unterschied besteht darin, drüben tut der Staat was, hüten sollen tausende Unternehmer was tun, von denen jeder Konkurrent und profitföhrer eignen Vorteil wahrhaft wird. Von Papens Steueranreizeungsmaßnahmen kann heute schon mit Bestimmtheit gesagt werden, daß sie neue Verluste auslösen. Weil der Steuergutscheinnehmer keine Barmittel hat, richtet er im Gegensatz zum kaischen Joseph von Ägypten seine Ankerbelohnungsverträge auf kommende sieben Jahre ein. Jener Joseph jammelte Borräte für kommende sieben Jahre. Der Nachlaß mittels Guldscheine zapft dem Deutschen Reich in den kommenden fünf Jahren jedes Jahr 400 Mill. M. Steuereinkommen ab. Gelingt Papens Plan, den man mit dem Ritt über den Bodensee vergleichen kann — er könnte durch ungeheuren Aufschwung der Wirtschaft gelingen —, ist dieser Steuerausfall tragbar. Gelingt der Plan nicht, wird Not und Reiter und mit ihnen das deutsche kapitalistische Wirtschaftssystem elend ertrinken. Dabei haben wir keinen Mangel an Kreditmitteln, sondern an Kreditnehmern, einen Unternehmertum. Was als Führer in der kapitalistischen Wirtschaft angesehen und verachtet wurde, hat Elend, Not und Zusammenbruch erlitten. Stinnes, Krueger, Löwenstein und andre „Führer“ sind typische Beispiele vom sterbenden Kapitalismus. An Sterbenden geht es wenig mangellos zu, der Verzweigungsgeruch breitet sich weiter und weiter aus, und man muß Weisheit im Sinne Papens streuen, um das Ende erträglich zu gestalten. Das betreibt die General-anzeigerpresse reichlich. Die Speiser, der deutsche Normal-mensch, läßt seine Meinung aus diesen „Klaren“ Quellen. Anders ein bedrücktes, gemietetes Proletariat. Selbst in christlichen Gewerkschaftskreisen sucht man Wege-bereitung zur Sozialis-tung. Die NSDAP. treibt Juder-wasserlozialismus, der gern von deren kindlichen Anhängern genommen und getragen wird. Es sind die kapitalistischen Zwischenschichten, die ihr „Heil“ bei Hitler suchen, und der ist Vorkämmerer bei Papen. Ein Beispiel, wie seit 1882 die Arbeiterzahlen im Vergleich zu denen der Ange-stellten sinken, wie ein überspanntes Kontroll- und Errechnungssystem Handarbeiter aufs Maßstab wirkt, führte der Redner vor Augen. Die Produktionshallen werden immer leerer, die Kontore voller. Dabei leidet die NSDAP. die Vorarbeit im Gefände. Ein Zukunftsbruch des Papenschen Wirtschaftsplans wird im Sozialismus

Aufbaukräfte freimachen. Dann ging Redner zum Kommunismus über. Ein Sowjetdeutschland sei ein Phantom. Dinge, die drüben geschaffen werden, können bei uns nicht gelingen, bei uns fehle der Areal und das russische Dorf, wie Lenin seine Reserve nannte. Rußland konnte vorübergehend seine ganze Industriewirtschaft zerstören, um sie wieder unter andern Bedingungen aufzubauen. Diesen Vorgang in Deutschland zu wiederholen, sei unmöglich. Wollten unsre Sowjetnachbeter dies trotzdem versuchen, wäre die Folge ein nichtgeahnter Sturz in die Tiefe. Farbenblind dürften unsre Kommunisten nicht bleiben oder sein. Die Reichswehr sei braun und blau und nicht rot. Um zu der Sozialisierung zu kommen, müßten nicht Grünzeug-läden und Barbierstuben verstaatlicht werden, sondern die fünf ausflagelagenden Industriegruppen Bergbau, Eisen, Elektrizität, Chemie und Zement. Dazu wären fünf D-Banken zu einer Staatsbank zusammenzuschließen. Alles Land über 200 Hektar müßte enteignet und in Kleinbetriebe mit Erziehungsmöglichkeit eingeteilt werden. Unter 200 Hektar bliebe Privatbesitz. Man müßte den Sozialismus von Fernziel zur Gegenwartfrage machen. Der Zielsehnsucht zum Sowjetstaat und zum Dritten Reich muß Wissen zum Wegziel entgegengesetzt werden. Das Treten auf der Stelle muß aufhören. Trete aus dem Träumen zur aktiven Tat, so schloß der Redner seinen mit stürmlichem Beifall behetzten Vortrag. Kollege K l e i n dankte ihm namens der Versammlung. Die Aussprache rief einen Moslawer zum Anpreisen seiner Parteiziele, Grundzüge und Wege aus Rednerpult. Wenig Weizen, dagegen Spreu in Hülle und Fülle war das Dreifachergebnis. Ein Kollege machte den Soldaten- und Bauerrepublikaner darauf aufmerksam, er solle bei den schwäbischen Bauern am Marktstein rütteln und er könne erleben, wie mostauflüßten diese seien. In längerem Schlußwort fertigte der Referent den ersten Diszussionsredner sachlich hervorragend ab, der mit Zwischenrufen alles gesagt haben wollte, was er in Wirklichkeit nicht sagte. Der Referent meinte, es sei besser, wenn die andern merkten, daß der Redner alles weiß und nicht bloß der Redner selber. Die wenigen zutreffenden Ausführungen, die der Diszussionsredner gemacht hatte, unterstrich Professor Köning noch und hob deren Brauchbarkeit hervor. Es war eine genuehrliche Verammlung in der der Frankfurter Referent seine treue Gemeinde findet, so oft er auch kommen möge. Ein Schlußantrag hatte einen weiteren zum Wort Gemeldet durch Annahme vor ähnlichem Reinsfall wie seinen Parteifreund bewacht, dafür sollte er dankbar sein und nicht durch unächtsliche Zwischenrufe seine „Kenntnisse“ beweisen.

**Zitiert.** In einer gut besuchten Versammlung unseres Ortsvereins am 13. Oktober referierte Kollege F e d e r (Berlin) über „Verband und Sparten“. Er verstand es, dieses Thema interessant und nach allen Seiten hin gründlich zu behandeln. Manche Gegner — viel finds hier nicht — werden diese Ausführungen zum Nachdenken darüber angeregt haben, daß die Sparten doch sehr wichtige Aufgaben zu erfüllen haben. Spannende Aufmerksamkeit und der Beifall am Schluß bedeuteten eine kleine Anerkennung für den Referenten. Eine Diszussion fand nicht statt. Diese Versammlung bildete den Schlüssel der Sparten-Propagandawoche hier im Osten. Inlandarbeit war es den Handwerkerkollegen eine Freude, den Vorherrscher H y p r -Zentralkommission bei dieser Gelegenheit kennenzulernen.

**Zitiert (Mant).** In würdiger Weise beging unser Ortsverein am 12. November im Vereinslokal die F e i e r des 50jährigen Verbandsjubiläums unseres Seniors, des Kollegen H u g o H a m p e l. Vorsitzender C h e l e gedachte in einräusvollen Worten der Verdienste des Jubilars, der auch Mitbegründer des Ortsvereins war. Aus Dankbarkeit für seine Tätigkeit wurde dem Jubilar als Ähner Anerkennung vom Ortsverein ein wertvolles Geschenk überreicht. Kollege F e r m a n n W ü l f e r (Frankfurt a. d. B.) überbrachte im Auftrag des Verbands, Gau- und Bezirksvorstandes dem Jubilar die herzlichsten Wünsche und Grüße und überreichte ihm nach erinnerungsreichem Vortrag das übliche Jubiläumsgeschenk. Kollege H a m p e l dankte mit bewegten Worten für die ihm erwiesenen Ehrungen und ermahnte zugleich die jüngeren Kollegen, dem Verband allegit die Treue zu bewahren, um das zu festigen, was die Veteranen der Arbeit geschaffen haben. Der Abend wurde durch gute Musikbelegungen der Tanzorchesterkapelle „Elite“ noch besonders veredelt. Die in echt kollegialer Weise verlaufene Feier fand erst in den frühen Morgenstunden ihr Ende.

**Allgemeine Rundschau**

**Weiterprüfung.** Vor der Handwerkerkammer in Straßburg bestand Kollege W i l l i F e r m a n n die Weiterprüfung.

**Gehilfenprüfung.** An der B a r m e r Berufsschule fand am 21. November die Gehilfenprüfung statt. Neun Kollegen unterzogen sich der Prüfung, und zwar acht Geher und ein Drucker. Im Praktischen erhielten zwei Geher und ein Drucker die Note Gut, fünf Geher die Note Genügend. Im Theoretischen erhielten fünf Geher die Note Gut und zwei Geher und ein Drucker die Note Genügend. Ein Geher aus Haderornwald erhielt in beiden Fächern die Note Angenehm und bestand somit die Prüfung nicht.

**Vom Zeitungsriegelschuplaß.** Der Berliner Volkzeitungspräsident hat die Tageszeitung „D e r F u n k“ des Sozialistischen Kampfbundes bis zum 18. Dezember verboten wegen angeblicher Verächtlichmachung Hindenburgs. — Die „K o t e n a h n e“ ist vom Berliner Polizeipräsidenten erneut mit Wirkung vom 20. November bis zum 16. Dezember verboten worden wegen angeblich außerordentlich schwerer Verhöre gegen das Republikanische Volk und auf Grund des § 6 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932. — Ferner wurde die kommunistische „A. J.“ (die sogenannte Arbeiter-Kultur) von einem Verbot bis zum 11. Dezember betroffen, und zwar wegen eines Gehalts, betitelt „Von der höheren Warte“, in dem eine Beschimpfung der staatlichen Wehrmacht erdickt wurde. — Der braunschweigische Jagdminister Dr. Klages hat an den Reichskommissar für Preußen das Gesuch gerichtet, die „R o s t i k z e i t u n g“ auf eine Woche zu verbieten, die „R o s t“ soll über den Braunschweiger Hochschulskandal einen Bericht veröffentlicht haben, der den Tatsachen nicht entspricht.

**Das „Entbleibungsbad“ des Dr. Schnell.** Unter dieser Überschrift erscheint in Nr. 12 (308) der „Technischen Mitteilungen“ unserer Maschinenerekollegen eine beachtenswerte Warnung vor der schwindelhaften „Erfindung“ Dr. Schnells, eines angeblichen Schweizer Arztes, auf die auch an dieser Stelle aufmerksam gemacht sei. Nachdem die Schriftleitung der „Technischen Mitteilungen“ verständiglich verständlich verurteilt hatte, von Dr. Schnell selbst einen aufklärenden Artikel über sein „Entbleibungsbad“ zu erhalten, um eventuell eine Kampagne für die Einführung dieses Bades und für seine Anerkennung durch die Deutsche Buchdruckerergenschaft zu führen, hat sich auf ihre Veranlassung nunmehr ein Berliner Arzt der Sache tatkräftig angenommen. Dieser stellte gelegentlich seines Aufenthaltes in der Schweiz eingehende Ermittlungen an bei dortigen Maschinenerekollegen und bei der schweizerischen Ärztesorganisation. Aus seinem Tatsachenbericht geht unzweifelhaft hervor, daß Dr. Schnell ein Betrüger und Kurpfuscher ist. Wir können hier nur einiges aus dem sehr umfangreichen Bericht des Berliner ärztlichen Sachverständigen wiedergeben. Er schreibt u. a.: „Seit mehreren Jahren behauptet ein Herr Dr. Schnell in Freiburg (Schweiz), früher in Jülich wohndhaft, ein Entbleibungsbad zu besitzen, mit dessen Hilfe er Weiteakte erfolgreich behandelt habe. Die Kunde von diesem Entbleibungsbad läuft seitdem durch die Presse. Die Arbeiterverbände, deren Mitglieder im Beruf der Weitegabe ausgeübt sind, werden durch eine geschickte Propaganda beunruhigt und sind seitdem vielfach mit dem Vorwurf hervorgerufen, daß die deutschen Ärzte von diesem falschen Mittel offenbar keine genügende Kenntnis hätten zum Nachteil der Weiteerkranken. Während eines Aufenthaltes in der Schweiz nahm ich deshalb Gelegenheit, nachzuforschen, was es mit dem Entbleibungsbad des Dr. Schnell auf sich habe. Zunächst mußte ich feststellen, daß Herr Dr. Schnell im Schweizer Ärzteverzeichnis nicht aufgeführt ist. Es ergab sich dann auch, daß er von Beruf Chemiker ist und als solcher weder im Kanton Jülich noch im Kanton Bern für sein Entbleibungsbad Propaganda machen darf; denn dort gibt es keine Kurierfreiheit wie im Deutschen Reich, so daß die Mehrzahl der Kranken vor den betrügerischen Maßnahmen der Kurpfuscher geschützt ist. Herr Professor Veraguth vom Universitätsinstitut für physikalische Therapie in Jülich teilte mir auf Anfrage mit, daß er über das Entbleibungsbad des Herrn Dr. Schnell nichts Näheres wisse. Herr Professor Junziker, der Leiter des Gesundheitsamts der Stadt Basel, wußte ebenfalls nichts von Herrn Dr. Schnell, selbst der Vorsitzende des Ärztevereins Freiburg, der nur vier Häuser von Herrn Dr. Schnell entfernt wohnt, hatte von ihm und seinem Entbleibungsbad zunächst nichts erfahren. Herr Professor Dr. Junziker ermittelte dann noch, daß Herr Dr. Schnell in Freiburg tatsächlich Konsultationen erteilt und dabei Bierzellsäbader anordnet, die meist am Wohnort des Patienten appliziert werden. Die polizeiliche Verfolgung der Angelegenheit durch das Gesundheitsamt Basel dürfte die Schweizer dank ihrer besseren Gesetzgebung vor der Ausnützung durch diesen Schädling schützen.“

**Beitrag zur Kleinfreieungsfrage.** Verfasser und Anhänger der ausnahmslosen Kleinfreieung behaupten immer wieder, das Wesen der Kleinfreieung, auch in Frank- r, liege gar keine Schwierigkeiten, ja sie erleichtere das Wesen sgar. Zur Klärung dieser Behauptung möge folgen- des Beispiel dienen, das einer Einladung des deutschen Künstlerverbandes „Die Kunstfreien“ in München ent- stammt:

„ausstellung zaver fuhr gehört zum hoffnungsvollsten des jungen nachwuchses originelle geologische verwertung und freuzung verschiedener sichten heutiger materiel: improvisatorische lockerung wie vom impressionismus her, zugleich vulkanisch vergebene verlockung der massen (expressionismus), eingeleitete lineamente wie mit dem lineal gezogen (konstruktivismus), oft auch prägnante raum- und sachwelt (gegenständlich) wie bei den malern neuer gegenstandsbeziehung, alles das ist in freier eigener haltung, niemals einem lager verfallend ... franz roth.“

Am diesem sprachlich wie rechtlich abfchreibenden Beispiel läßt sich die Auswirkung der Kleinfreieung viel deutlicher erkennen. Wenn ihre allgemeine Einführung erfolgen sollte, würden die „Kunstfreien“ vielfach die ersten sein, die wieder zur Großfreieung zurückkehren. Geheh noch jetzt schon erregte Kleinfreieer dazu über, sich besondere Großbuchstaben zu konstruieren.

**Heraufsetzung der Altersgrenze für Benutzung von Schülearten.** Vom 1. Dezember an wird die Altersgrenze für die Inanspruchnahme von Schülemonats- und Schüle- rufschulearten von der Reichsbahn auf 22 Jahre herauf- gesetzt werden. Bisher war die Altersgrenze für die Be- nützung von Schülearten, die auch Wehrlingen zuzust, auf 20 Jahre festgelegt. Schülemonatsarten sind um die Hälfte billiger als gewöhnliche Monatsarten und ge- wöhren schon bei wertmäßig nur einmaliger Benutzung zur Hin- und Rückfahrt eine Ermäßigung von 78 bis 80 Proz. der regelrechten Einzelfahrt. Sie werden a. B. ausgegeben an Schüle, ordentlich Studierende von Hochschulen und an solche Personen die auf Grund eines schriftlichen Lehrvertrags in Berufsausbildung stehen (Lehrlinge). Die für Lehrlinge und einzelne andre Gruppen bisher bemessene Altersgrenze von 20 Jahren ist nunmehr um zwei Jahre ausgedehnt worden, weil heute vielfach bei der Annahme von Wehrlingen die Weiterführung einer höheren Schule verlangt wird und insolge dessen bis zum 20. Lebensjahr die Wehrzeit nicht beendet werden kann. Für mehrere Schüle der gleichen Familie wird noch eine Sondervergütung insofern gewährt, als von dem zweiten und jedem weiteren Kind derselben Familie nur der halbe Preis einer Schülemonatskarte zu entrichten ist.

**Neuer Schüle für Brandenburg und Schlesien.** Der Reichsarbeitsminister hat den Schüle für Westfalen, Professor Dr. Brahn, mit Wirkung vom 1. Januar 1933 unter Entbindung von seinem Amt als Schüle für West- falen zum Schüle für die Bezirke Brandenburg und Schlesien ernannt. Professor Dr. Brahn übernimmt den Schülebezirk Brandenburg als Nachfolger des früheren Arbeitsministers Wiesel und den Bezirk Schlesien als Nach- folger des Verabschiedeten Pflipp.

**50 Jahre Tabarbeiterverband.** Am 22. November konnte der Deutsche Tabarbeiterverband auf sein 50jähriges Bestehen zurückblicken. Am 22. November 1882 tagte der Gründungsangriff. Es erfolgte auf diesem die Gründung

